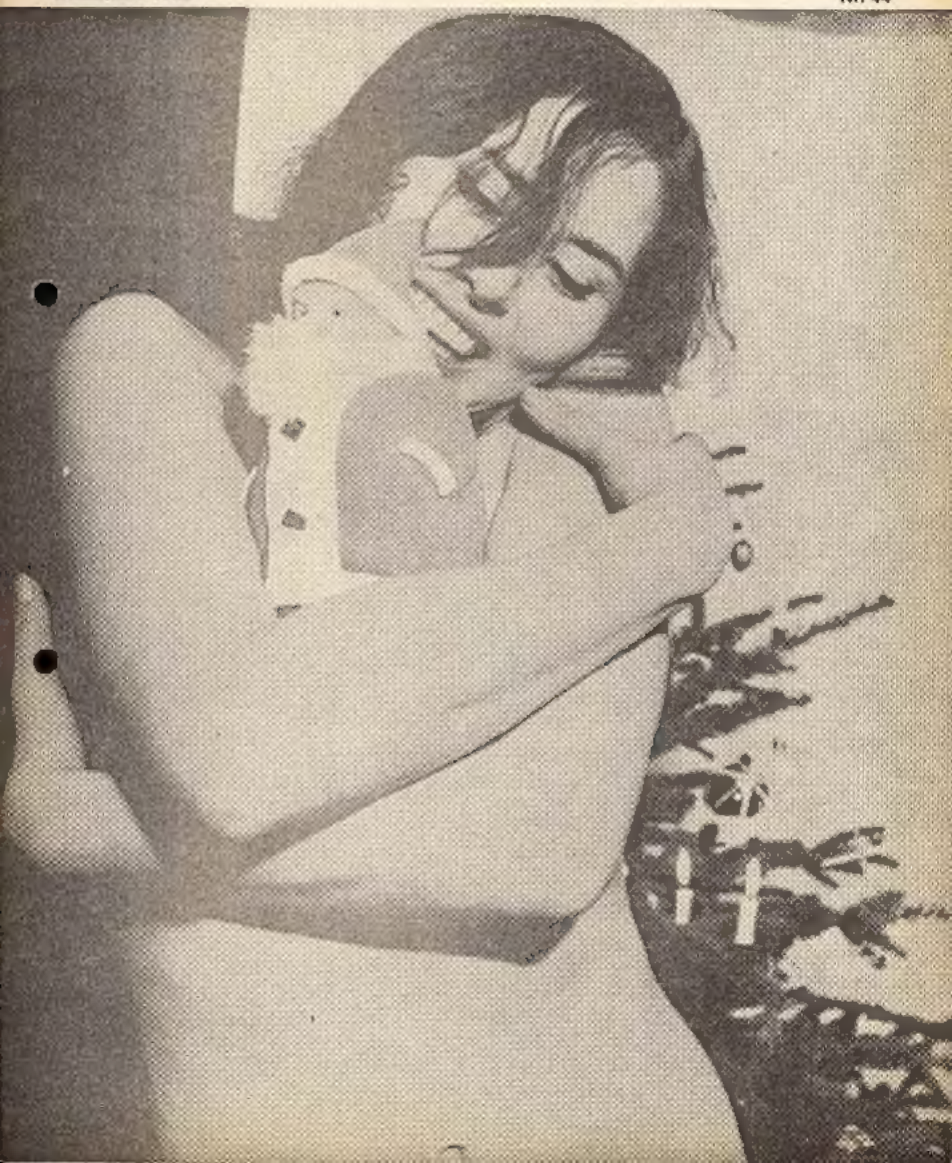
auditOrium

Dezember 1966

Nr. 44



Lieber audi-Leser:

SING OUT, das Lieblingskind des „auditorium“ (vgl. die Nummern 41 bis 43), durchstand am 12. 12. gewisse Schwierigkeiten bei der Gehörbeschallung: das Publikum hatte nämlich von ihm gelernt, wie man mit rhythmischen Bewegungen und synchronem Gegröl andersartige Äußerungen zum Schweigen bringt. Wer nicht hören will, muß fühlen. Und zwar die Reaktion einer total verärgerten Hörerschaft, der SING OUT nicht zum ersten Mal auf sämtliche [illegible] Nerven fällt. Faschistoides Gedusel von einer glücklichen Welt, die in Utopia zu orten ist, weckt gesunden



Zorn. Er wuchs rund, laut und voll: Der Chor trat eine gute Stunde vor dem beabsichtigten Schluß zurück. Gehört wurde er schon vorher nicht mehr. Die Weisen, die vom Publikum zurückhallten, waren übermächtig. „Deutschland, du mein Vaterland . . .“ im Saal pfiff man auf den linken Fingern, die Rechte markig zum deutschen Gruß erhoben. Gott, die Kunst gehört dem Volke, und Volkes Stimme ist als Kritik nicht zu unterschätzen. Besonders dann nicht, wenn sie so pointiert und unüberhörbar ertönt. „Vier-



te Gruppe vor!“ von oben tönte die Stimme eines Polizeimenschen. Der Gute, er durfte nicht hauen. Das Publikum demolierte nichts, es schlug sich nicht. Es sagte nur laut und deutlich, daß SING OUT sich dorthin bequemen möge, von wo es aufbrach: Hinter den Mond!

audi

Inhalts-übersicht

auditorium

Ausgabe Dezember [illegible]
Hamburger Studentenzeitung / Verlagsort Hamburg
Chefredakteur: Holger Oehrens
Stellv. Chefredakteur: [illegible]
Feuilleton: [illegible]
Allgemeines: [illegible]
Mitarbeiter: Frank Teichmüller, [illegible]
Titelfoto: [illegible]
Vertrieb: Lore Häger
Verlag und Redaktion: 2000 Hamburg, Schlüterstraße 7 (Studentenhaus),
Telefon 44 [illegible]
Herausgeber: AStA der Universität Hamburg
Erscheinungsweise: Zweimal im Sommersemester, dreimal im Wintersemester / Die Zeitung ist für Studenten der Universität Hamburg kostenlos / Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6 / Bankverbindung Dresdner Bank, [illegible]
Druck: A. Pockwitz Nachf. Karl Krause, Stade/Elbe, [illegible] 11—15
Auflage dieser Ausgabe: 13 000 Exemplare / Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen

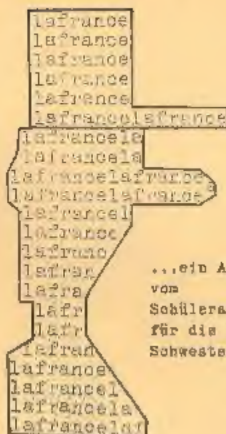
Beilagenhinweis:
Einer Teilauflage des auditoriums liegt ein Prospekt des Juristischen Repetitoriums bei. Wir bitten unsere Leser um Beachtung.



Wölfchens Bastelecke

Liebe Kommilitonen,

Weihnachten ante portas, und Geld stinkt nur, wenn man keins hat. Haben Sie welches? Na sehen Sie. Ich weiß Bescheid: Abschied gefeiert, und der Abend mit dem blonden PI-Mädchen zeichnete sich auch nicht gerade durch Billigkeit aus. Und nun wird sich wohl leise Trauer in die Augen der Lieben daheim stehlen, wenn die Verteilung der Geschenke kommt und der Familienakademiker außer einem markigen Händedruck nichts mitgebracht hat. Peinlich. Aber die Sache ist leicht zu bereinigen: Do it yourself! Wieviel Freude macht doch...

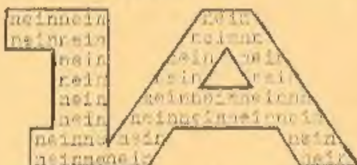


...ein Angebinde vom Schüleraustausch für die kleine Schwester...



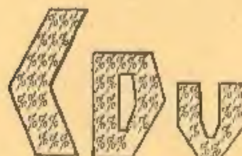
...ein Faschingsorden für Vati...

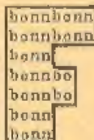
Unserem neuen, sauberen, nationalen und demokratischen Deutschland ein flammendes und begeistertes

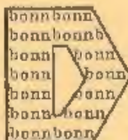


...ein Sinnspruch für den nationalen Onkel...

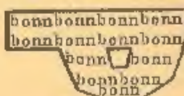
...ein Strickmuster für Omi...

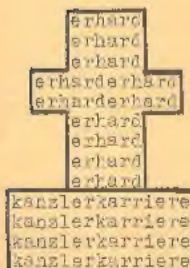






...ein Stehaufspiel für Mäxchen...





...ein Nippes von zeitloser Schönheit für die Tante aus Schwaben...

...und so weiter, versuchen Sie's!

So macht man Freude, ein feuchter Blick der Dankbarkeit wird Sie aus den treuen Augen Ihrer Verwandten treffen. Sagen Sie doch selbst, gibt es etwas Schöneres?

Frohes Fest!

Das Arrangement der Krähen

Überlegungen zur NPD und zur Großen Koalition

„Demokratie — Auftrag für die Jugend", unter diesem Motto wurde am 29. November in Hamburg demonstriert. Es ging gegen die NPD. Die Wahlen in Hessen und Bayern hatten etwas freigelegt, das nach Fäulnis roch; man kräuselte Nase und Stirn, ließ das Gehirn ruhen und war sich einig: es mußte etwas getan werden. Das unpolitische Bewußtsein solidierte, erwartete und bekam Emotionen statt Analysen, Einzelphänomene statt Zusammenhänge.

In einem Staat, in dem man seit Jahren den Gefühlsbrei gegen die Linke kocht, bietet sich der politische Eintopf von selbst an. So meinte „Christ und Welt" am 2. 12. 1966: „. . . der Nationalismus der NPD ist . . . in Wahrheit nichts anderes als Nationalbolschewismus. Sollte der spektakuläre Wahlerfolg der NPD in Hessen und Bayern nicht zuletzt dadurch zustande gekommen sein, daß viele Wähler der äußersten Linken dieser Partei ihre Stimme gaben?"

Mit ähnlichem Bewußtsein waren wohl auch die Veranstalter gesegnet: als nämlich einige Demonstranten wagten, die NPD im Zusammenhang mit der bundesrepublikanischen Politik zu sehen und sogar die CDU oder SPD für die Wahlerfolge dieser Partei mitverantwortlich zu machen, entfernten die Demonstrationsordner folgerichtig Transparente mit Parolen wie „NPD — zwangsläufiges Endprodukt von 20 Jahren mißratener bundesrepublikanischer Politik". Besonderen Unmut erregten Demonstranten, die es für ihren „demokratischen Auftrag" hielten, gleichzeitig gegen NPD und Große Koalition ins Feld zu ziehen. Da half die beste graphische Gestaltung nichts mehr: das Plakat „SPD — demonstriert gegen braun, paktiert mit schwarz" wurde zerrissen. Es sollte schließlich der Herr Senator Ruhnau sprechen, ein eifriger Befürworter der Großen Koalition, und der hätte sich vielleicht beleidigt gefühlt.

Ruhnaus Rede war so, wie man sie erwartet hatte: Er beschwor dieses und jenes und sagte ständig „wir wollen" und „wir werden". Kein Wort über die historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die der NPD in den Sattel verhalfen. Der andere Redner, Axel Eggebrecht, erwähnte zwar noch, daß er gegen die Große Koalition sei, klammerte dieses Thema aber schnell wieder aus, da es mit der NPD nichts zu tun habe.

Schließlich ging man etwas verfroren aber doch befriedigt nach Hause und fühlte sich als Vorkämpfer für Einigkeit und Recht und wie heißt es doch gleich. Dazugelernt hatte man nichts, wollte es wohl auch nicht.

Noch am 20. 10. 66 hatte Senator Ruhnau erklärt, daß er bei einer wirtschaftlichen Krise die KP für gefährlicher halte als die NPD. Und das nach fast zwei Jahrzehnten geballter antikommunistischer Propaganda; in diesem Staate, wo Bürgerlich-Liberale als Linksextremisten verschrien werden; wo man die Vergangenheit verharmlost oder naiv verteufelt aber nicht analysiert, wo Lehrer schweigen aber nicht aufklären; wo man nach dem starken Mann schreit, aber nicht nach politischen Programmen. Hierzulande, heutzutage soll ein Ruck nach links eintreten, wenn es kriselt, wo doch alles nach rechts ausgerichtet ist! Diese „Argumentation" des Senators kommt aus der politischen Wundertüte.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Faschismus, nicht durch den politischen Sieg seiner Kritiker, sondern durch den militärischen der Alliierten, war das Bewußtsein der Bevölkerung immerhin soweit politisiert, daß die ersten Äußerungen der Deutschen im Bereich zwischen sozialistischen und bürgerlich-demokratischen Vorstellungen lagen. Im Zuge des Kalten Krieges etablierte sich langsam unsere heutige Staatsform und mit ihr die alten sozialen Machtverhältnisse.

Ein Teil dieser Entwicklung ist die Stück-für-Stück-Kapitulation der SPD vor der CDU. Etappenweise ließ sich die alte Opposition integrieren. Spätestens im letzten Wahlkampf hätte den Protestbriefschreibern von heute aufgehen müssen, was auf sie zukommen würde: als nämlich ihre Parteiführung verlauten ließ, daß es die CDU eigentlich ganz gut gemacht habe, daß man eigentlich auch nichts anderes wolle, aber nach vier Legislaturperioden eigentlich die weniger verbrauchte Mannschaft stelle. Aber noch zu dieser Zeit träumte man bei Versammlungen der niederen Parteiklassen vom Andersmachen, schwärmte von Kurt Schumacher und sah nicht, daß sich die Parteiführung als Apparat verselbständigt hatte und die Richtlinien der Politik allein bestimmte.

Noch vor wenigen Wochen sprach Herbert Wehner vom Bankrott der CDU und forderte sie zum Offenbarungseid auf. Heute singt er die Verbrüderungsarie und ist Minister. Es wäre falsch, zu sagen, die SPD sei plötzlich umgefallen, sie kippte schon seit 15 Jahren.

Die Große Koalition bringt uns der von Exkanzler Erhard herbeigesehnten formierten Gesellschaft nahe. Das Parlament wird von einer übermächtigen Regierung und deren Bürokratie einerseits, durch die Abhängigkeit der Abgeordneten von zentralgelenkten Parteiapparaten andererseits immer mehr entmachtet. Die Parteien bekommen, nicht zuletzt durch die 5-Prozent-Klausel des Wahlgesetzes, Monopolcharakter. Sie werden zu Herrschaftsorganisationen, die längst andere Ziele haben, als den politischen Willen des Staatsbürgers zu artikulieren oder gar durchzusetzen. Schon spricht man vom Mehrheitswahlrecht — dadurch würde das System vollends fugenlos.

Was erwartet uns im einzelnen? Der große Proporz! Der Bürger wird noch stärker im Dunkeln tappen als bisher. In den Ausschüssen wird man sich hinter geschlossenen Türen einigen, mit gleichgeschalteten Meinungen herauskommen und neue Verordnungen und Gesetze kredenzen. Das Grundgesetz ist schon seit längerer Zeit keine Hürde mehr.

Der Notstand wird bald zu begrüßen sein, oder wenigstens die Gesetze. In den Ministerien wird die noch größere Mauschelei ausbrechen, denn, wie war noch die Sache mit den Krähen? Man wird sich nichts mehr vorwerfen, nicht mal in personellen Fragen, man wird sich . . . einigen.

Von der FDP als Oppositionspartei kann man auch nur bescheidenes Aufbegehren erwarten. Die einzigen, die lautstark (nach der nächsten Wahl sicherlich auch im Bundestag) auf die Bänke hauen werden, dürften die wackeren Reaktionäre von der NPD sein. Die CDU ist ihnen zu Dank verpflichtet. Kann sie sich doch endlich wieder als Partei der „bürgerlichen Mitte" fühlen und erhalten auf diese Weise doch Leute wie Strauß, Jaeger, Höcherl und viele mehr einen geradezu demokratischen Nimbus. Ab heute sind die Rechtsradikalen in der NPD, in der CDU/CSU gibt es keine mehr.

Zu hoffen bliebe, daß sich die sporadische Opposition in der SPD formiert. Denn manch einer müßte inzwischen eingesehen haben, daß es mit dem Veränderungswillen dieser Partei nicht weit her ist. Die Floskel: „Laßt sie doch erstmal 'rankommen, dann . . ." hat sich selbst ad absurdum geführt. Die Unzufriedenen dieser Partei müßten versuchen, mit der außerparlamentarischen Opposition zusammenzuarbeiten, vielleicht ließe sich daraus eine parlamentarische Opposition bilden. Die Alternative heißt: Plädoyer für eine neue Linke. Auch wenn diese vorerst nicht an die Regierung kommen kann, so bestünde doch die Möglichkeit für sie, die Struktur unserer Gesellschaft dadurch mitzubestimmen, daß sie als echte Opposition den Kampf gegen jede Verletzung demokratischer Prinzipien führte.

Wenn nichts geschieht in dieser Hinsicht, dann müssen die Nicht-Integrierten langsam anfangen die Koffer zu packen, solange man ihnen noch die Zeit dazu läßt.

Rolf Schübel

Der freundliche Senator

Von einem aufgeschlossenen Politiker und einer zeitgemäßen Presse

Prügel bezogen die Jungakademiker, die am 4. Juli 1966 vor dem amerikanischen Generalkonsulat gegen die Vietnam-Politik der USA protestierten. (Siehe auch auditorium 42.) Unter der Überschrift „Unehrlich" berichtete das „Hamburger Abendblatt" am folgenden Tag: „Mit Gitarren und Transparenten zogen sie gestern wieder einmal aus, um Weltpolitik zu machen. Ein ‚Vietnam-Happening' stand auf dem Programm ... Junge Wirrköpfe ... schlüpften in die Protestsandalen." „Die Welt" und „Bild" kommentierten ähnlich. Man war sich einig über die Provenienz der Störenfriede. Der Leser hatte zu assoziieren: Gammler, Langhaarige, Außenseiter.

Folgerichtige Leserbriefe: „Eine Tracht Prügel für diese Raufbolde ist noch immer das beste Erziehungsmittel, diese Stänker zur Besinnung zu bringen." „Bundeskanzler Ludwig Erhard hat vor einigen Wochen gesagt: Bei uns fehlen Zucht und Ordnung! Der Mann hat absolut recht. Bei uns regiert die Straße! ... das beste Mittel sind nach meiner Meinung die Wasserwerfer." Bekannte Konsequenz solchen Denkens: Jedes Mittel ist recht, um „Ordnung", „Zucht" und „Sauberkeit" zu schaffen. Und der Mittel sind viele und probate . . .

„Analyse" und „Lösung" der unerfreulichen Erscheinung waren also geliefert. Dennoch wagten die durch Wasserwerfer, Knüppel und Polizeistiefel Lädierten, Beschwerden anzumelden. Trotz blau zugeschlagener Augen sahen die also Belehrten, daß einiges faul war! Man berief eine Pressekonferenz ein, gab Erklärungen ab, forderte Richtigstellung und . . . erinnerte sich an den „jungen, modernen, aufgeschlossenen Innensenator Heinz Ruhnau". Solch allzu naiver Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie paßte auch zu schlecht in des Senators liberales Konzept. (Grundsätzlich war wohl nichts einzuwenden gegen eine „Aufklärung" durch die zweifellos „kompetenten Gesetzeshüter". Doch diesmal schienen die Mittel ein wenig zu forsch.)

Der junge, aufgeschlossene Innensenator — exponiertester Streiter in der Aktion „Demokratie, Auftrag für die Jugend" — nahm sich der Sache an. Er bewies dabei, daß er das Kleine Einmaleins der bundesrepublikanischen Demokratie tadellos beherrscht: die politischen Gegner nach Möglichkeit unter die Klischeevorstellung „Kommunisten" subsumieren, um sie so — ungeachtet ihrer Argumente — für immer politisch kaltzustellen. Ruhnau: „Kommunisten führten den Zug an . . . der Krawall war bestellte Arbeit."

Solch politisches Geschick hatte diesmal selbst die Springer-Presse nicht zu entwickeln gewagt (siehe oben). Dem Senator war die zweifellos wirksamere Methode eingefallen. War der Leser eventuell noch bereit, einige Wirrköpfe, Gammler und Langhaarige gewähren zu lassen, so mußte doch selbst der schlechteste Demokrat entschieden dafür eintreten, daß Kommunisten verprügelt werden, und zwar gründlich.

Somit bestand also keine Gefahr, daß die Öffentlichkeit eine Aufklärung der Vorfälle fordern würde, um dadurch ein strafrechtliches Verfolgen der Prügler zu bewirken. Als der Senator aus den Ferien zurückkehrte, fand er Protesterklärungen, Unterschriftensammlungen, eidesstattliche Erklärungen, Beweismaterial und Forderungen der Studenten auf seinem Schreibtisch. Der Landesvorsitzende der SPD hatte den Studenten seine Unterstützung zugesagt. Nevermann: „Besonders bedauerlich, daß ausgerechnet in Hamburg solch schwere Übergriffe geschehen konnten. Wenn die Polizei auch nur einen Unschuldigen schlägt, muß das natürlich scharf verfolgt werden."

Sogar die Springer-Presse hatte sich inzwischen in loyaler Weise für die Sache der Studenten eingesetzt. Nicht zuletzt deshalb, weil einige Abendblatt-Redakteure anläßlich eines Beat-Konzertes nur mit Mühe den Wasserwerfern, Gummiknüppeln und Hunden der Polizei entrinnen konnten.

Übrigens: Die SPD-finanzierte und beaufsichtigte Hamburger Konkurrenzpresse bekam einen Maulkorb verpaßt. Wie einfach und verdienstvoll also, sich in diesem Fall als Hüter der Demokratie zu gebärden! Preisfrage: Wer wird zukünftig wohl im Proporz der Großen Koalition dem Verfolgten „loyale" Schützenhilfe gewähren? Derart nachdrücklich auf den tatsächlichen Sachverhalt hingewiesen — auch durch die Oppositionspartei in der Bürgerschaft — handelte der Senator ein zweites Mal politisch klug. Der junge, liberale, aufgeschlossene Innensenator krempelte die Ärmel hoch und versprach, den inzwischen als Mißständen erkannten Zuständen abzuhelfen.

Am 19. August erschien in großer Aufmachung eine Abendblatt-Titelgeschichte: „Polizei auf neuem Kurs". Vielversprechende Reformen kündigte der Senator an. „Eine Planungsgruppe für politische Demonstrationen beim Polizeipräsidenten." „Politische Erwachsenenbildung bei der Polizei" und „Visitenkarten für alle Hamburger Polizeibeamten". Auf den letzten Punkt hatten Studenten und Öffentlichkeit besonderen Wert gelegt. Der Bürger sollte „seiner" Schutzmacht nicht mehr hilflos ausgeliefert sein. Die Kennzeichnung sollte gleichzeitig in den Beamten das Bewußtsein wecken, nicht Vollzugsorgane einer anonymen Staatsgewalt zu sein, sondern im Dienste der Öffentlichkeit zu stehen und i h r letztlich verantwortlich zu sein.

Zwar hatte man gehofft, die Beamten würden, wie in fast allen anderen demokratischen Staaten, Namensschilder oder Nummern tragen, aber schließlich würden wohl Visitenkarten den gleichen Zweck erfüllen — so hoffte man. Zwei Monate später berichteten die Hamburger Zeitungen in unscheinbaren Notizen: „Innensenator Ruhnau übergab heute den Beamten ‚amtliche' Visitenkarten. Eine Dienstanweisung verpflichtet sie, die Karten auf Verlangen vorzuzeigen." Die Bild-Zeitung bringt als einzige Hamburger Zeitung am 11. 11. hierzu eine unbedeutende Ergänzung: „Die Dienstanweisung 850 B (HH) Absatz 21 007 0.1 . . ., wörtlich: ‚Das Aushändigen der Namenskarten kann unterbleiben, wenn es nach den Umständen des Einzelfalles nicht möglich oder unzumutbar ist'."

Realität überholt die Satire.

Ein kleiner Nachtrag: Bei der Überreichung der Visitenkarten kündigte der junge, aufgeschlossene Senator die Einführung der Bundesflagge auf allen Hamburger Polizeidienststellen an. „Die Flagge soll ins Bewußtsein rufen, daß die Revierwache keine Zweigstelle des Obrigkeitsstaates ist, sondern sie soll daran erinnern, daß dort dem demokratischen Staat loyal ergebene Beamte ihren Dienst tun."

Bravo

Der Vietnamesische Krieg (II) von Jürgen Harrer

auditorium setzt mit diesem Artikel den Beitrag unseres Mitarbeiters Jürgen Harrer (Marburg) aus auditorium 42 (Juli 1966) fort. Wir meinen, daß das Gespräch über den Krieg in Vietnam nicht abreißen darf. Wir stellen die Meinung Jürgen Harrers zur Diskussion, weil wir wissen, daß in der Bundesrepublik mehr Apologeten als Kritiker des amerikanischen Vorgehens in Vietnam zu Wort kommen. Guter demokratischer Tradition aber entspricht das Wort: audiatur et altera pars.

Die Eskalation des vietnamesischen Krieges wird von den USA fast täglich weitergetrieben. Die Verluste der vietnamesischen Bevölkerung in Nord und Süd werden ständig größer, die Verwüstungen sind ungeheuer. Dennoch ist es den USA noch nicht gelungen, den Widerstand der Bevölkerung zu brechen, im Gegenteil. Mit der Eskalation steigen auch die amerikanischen Verlustziffern. Das spricht nicht gerade für ein Erlahmen des Kampfgeistes der Nord- und südvietnamesischen Bauern.

Am 2. Dezember bombardierten amerikanische Düsenbomber die Vororte Hanois bis auf acht Kilometer Entfernung vom Stadtzentrum. Selbstverständlich galt dieser Angriff auf die dichtbesiedelten Wohngebiete der nordvietnamesischen Hauptstadt ausschließlich „militärischen" Zielen. Die amerikanische Luftwaffe erlitt dabei ihre schwersten Verluste seit Beginn der Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam. Acht US-Flugzeuge wurden abgeschossen. Die Verlustquote der USA ist nun so hoch wie im Zweiten Weltkrieg, wenn nicht höher[1]).

Auch im Süden des Landes ist eine solche Entwicklung zu beobachten. Bis zum 18. November 1966 sind 5825 amerikanische Soldaten gefallen. Das sind schon 20 % der amerikanischen Verluste an Soldaten während des gesamten Koreakrieges[2]). Und die Militärs rechnen mit noch schwereren Verlusten für die Zukunft[3]). Es ist eben nicht leicht, Krieg gegen ein ganzes Volk zu führen, das um seine soziale Befreiung kämpft.

Rückwirkungen auf die USA

Es gibt in den USA eine intellektuell und propagandistisch sehr starke, zahlenmäßig aber sehr schwache Opposition gegen den Krieg. Sie beschränkt sich hauptsächlich auf Teile der Intelligenz und der Negerbewegung. Arbeiterschaft und ihre Organisationen dagegen unterstützen in ihrer überwiegenden Mehrheit die Politik ihrer Regierung. Bis jetzt gibt es für die Arbeiter noch keine materielle Notwendigkeit, gegen den Krieg zu protestieren, im Gegenteil: Sie profitieren vom kriegsbedingten wirtschaftlichen Aufschwung, der sich nicht zuletzt in wesentlich verringerten Arbeitslosenziffern äußert. Ihre Haltung könnte sich erst dann — und dann auch nur vielleicht — ändern, sobald die toten Kosten des Krieges so hoch werden, daß sie ihren Lebensstandard ernsthaft bedrohen; und wenn Johnson in noch stärkerem Maße als bisher die Ausgaben für Sozialinvestitionen kürzen muß.

Anders wirkt sich der Krieg auf die politische Entwicklung in den USA aus. Er führt dazu, daß die formal-demokratischen Rechte in zunehmendem Maße abgebaut werden. Darin ist wohl der wesentlichste Grund für die Opposition der Intellektuellen zu sehen. Diese autoritäre Entwicklung spiegelt sich deutlich in dem Ausspruch des texanischen Kongreßmitgliedes Olin Teague, eines engen Freundes Präsident Johnsons: „Es ist an der Zeit, dem Geschwätz von der Redefreiheit ein Ende zu machen. Laßt uns zur Abwechslung einmal vom Landesverrat sprechen . . . Meinungsverschiedenheiten, die zu weit gehen, sind Landesverrat[4])" Die Möglichkeiten, gegen solchen „Landesverrat" anzugehen, werden in Washington vom neubelebten „Senatsausschuß für antiamerikanische Umtriebe" untersucht. Dieser hat schon begonnen, sich zu einem Unterdrückungsinstrument jeder politischen Opposition zu entwickeln, das an die finsteren Zeiten des Senators Mac Carthy erinnert[5]). Heute sind als „antiamerikanische Umtriebe" alle kritischen und oppositionellen Äußerungen gegen die amerikanische Vietnam-Politik zu verstehen, die „zu weit gehen".

Beim ersten Marsch auf Washington hat der damalige Vorsitzende der „Students for a Democratic Society", eines radikaldemokratischen Studentenverbandes, der den Kern der Opposition bildet, diesen Entdemokratisierungsprozeß in der Folge des Krieges beschrieben: „Er (der Krieg) hat dazu geführt, daß die Regierung mehr und mehr versucht, das Recht der Öffentlichkeit auf Information zu beschränken, die Presse zu manipulieren, die öffentliche Meinung unter Druck zu setzen und sie durch entstellte und geradezu lügenhafte Dokumente wie das Weißbuch über Vietnam irrezuführen. Es ist soweit gekommen, daß der FBI Filme und andere Publikationen gegen den Krieg beschlagnahmt und Leute schikaniert hat, die mit aktiver Kritik an diesem Krieg hervorgetreten sind. Mit seiner zunehmenden Eskalation wird die Regierung immer weniger wählerisch in ihren Versuchen, in der Öffentlichkeit Unterstützung für ihre Pläne zu finden . . . Wieviel von jener Freiheit, die Mr. Johnson uns bescheren will, können wir vertragen? Was wird von unserer Freiheit bleiben, wenn es in Asien zu einem Großkrieg kommen sollte[6])?"

Rückwirkungen auf die BRD

Nun fordert aber die amerikanische Regierung von ihren Verbündeten eine immer größere Unterstützung ihrer Intervention in Vietnam. Dabei denkt sie vor allem an die BRD, da kein anderer NATO-Staat die Vietnam-Politik der USA so bedingungslos unterstützt. Über die finanzielle und ideologische Hilfe der Bundesregierung hinaus wird immer mehr der Ruf nach dem Einsatz bundesdeutscher Truppen laut[7]). Dies kann sich aber im Augenblick noch keine Bundesregierung leisten, denn es wäre immerhin denkbar, daß der erste Einsatz deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg bei größeren Teilen der Bevölkerung auf Widerstand stoßen würde. Um einen solchen Widerstand brechen zu können, sind bestimmte innenpolitische Voraussetzungen notwendig. Zum einen muß der militante Antikommunismus, besonders in seiner rassistischen, gegen die Volksrepublik China gerichteten Form, geschürt werden, zum anderen muß die autoritäre Entwicklung in der Bundesrepublik auf die Spitze getrieben werden, indem man der Regierung das geeignete Instrumentarium zur Unterdrückung einer solchen, wie überhaupt jeder möglichen, Opposition verschafft. Ausdruck dieser Entwicklung ist das Streben der Exekutive nach diesem Instrumentarium, nach Notstandsgesetzen, das im Zeichen der Großen Koalition durch keine parlamentarische Kraft mehr aufgehalten werden kann; dies kann nur noch eine starke außerparlamentarische Opposition, unter Einschluß vor allem der Gewerkschaften, leisten. Neben ihren anderen Funktionen, wie der „legalen" Zerschlagung von Lohn- und Arbeitskämpfen der Arbeitnehmerschaft, käme Notstandsgesetzen der Sinn zu, der Bundesregierung freie Hand zu verschaffen, sich an solchen außenpolitischen Abenteuern zu beteiligen, was für sie eine Möglichkeit sein könnte, Verfügungsgewalt über Atomwaffen einzutauschen. Umgekehrt kann die autoritäre und restaurative Entwicklung in diesem Land durch eine solche Außenpolitik nur gefördert werden, in viel stärkerem Maße noch, als dies in den USA der Fall ist. (Wird fortgesetzt)

---

1) Vgl. Frankf. Rundsch. 5. bis 5. 12. 1966

2) Vgl. Frankf. Rundsch. 18. 11. 1966

3) Vgl. Frankf. Rundsch. 3. 12. 1966

4) Kursbuch 6, S. 10, Dossier 1, D. am. Opp. gegen den Krieg in Vietnam

5) Vgl. dazu die Berichterstattung der Süddt. Ztg. und d. Frankf. Rundsch. über die Beratungen d. Ausschusses im August 1966.

6) D. am Opp. a. a. O., S. 15 f.

7) z. B. durch McNamara, vgl. Spiegel Nr. 9, 21. 2. 1966.

Der gefährdete Student

audi-Interview mit Dr. Ursula Lindig

An der Freien Universität Berlin richtete der AStA im Wintersemester 64/65 eine studentische Beratungsstelle für Intimfragen ein. Im August 1966 legte diese Stelle zum ersten Male einen Tätigkeitsbericht vor. Eine Reihe von Presseveröffentlichungen verschaffte diesem Bericht binnen kürzester Zeit eine überaus große Publizität.

Wie die Leiterin, Frau Professor Lange-Undeutsch, in einer Pressekonferenz ausführte, lag ihre Hauptaufgabe zunächst auf ärztlichem Gebiet. Verschiedene Psychotherapeuten und Psychologen führten Einzelberatungen durch, wobei es sich bei den beratenen Studenten meist um solche mit leichteren bis schweren Neurosen oder gar um Borderline-Fälle handelte.

Daneben wurden von entsprechenden Fachvertretern Kolloquien abgehalten, mit dem Ziel, Sexualaufklärung zu vermitteln. Um den Studenten eine gemeinsame Wissensbasis zu vermitteln, wurde darüber hinaus allen Teilnehmern eine Informationssammlung über die speziellen Themen überreicht. Die oft erschreckenden Zahlen, die der Berliner Bericht nennt — von [illegible] beratenen Studenten mußte [illegible] eine psychotherapeutische Behandlung angeraten werden —, die Schwierigkeiten, mit denen Frau Lange-Undeutsch zu kämpfen hat, und das große Interesse der Öffentlichkeit an diesem Bericht haben uns veranlaßt, die Leiterin der Hamburger Beratungsstelle für Studenten, Frau Dr. Ursula Lindig, um ein Gespräch zu bitten.

audi: Frau Dr. Lindig, seit wann besteht die Beratungsstelle für Studenten hier in Hamburg?

Lindig: Die Stelle besteht seit 1952. Initiatorin war eine Marburger Professorenwitwe, Frau Toni Milch. Sie begann ihre Arbeit mit Hilfe einer amerikanischen Spende. Die Universität stellte den Raum und zahlte einen kleinen Unkostenbeitrag. Seit 1959 wurden Mittel der Hochschulabteilung zur Verfügung gestellt, und seit dem 1. 1. 1965 ist die Beratungsstelle der Universität (Rektorat) eingegliedert. Ich selbst habe die Leitung 1961 übernommen.

audi: Worin sehen Sie Ihre Hauptaufgaben?

Lindig: Hauptaufgabe der Beratungsstelle ist es, dem Studenten alle die Hilfen in besonderen Krisensituationen im Studium (Übergang Schule/Universität, Studienmitte, Abschluß) und bei besonderen Schwierigkeiten zu geben, die ihm den Weg zu einem ordnungsgemäßen, termingerechten Studienabschluß ebnen. Daraus ergeben sich vielfältige Aufgaben: Sorge für bessere Information und damit leichteres Einleben in das Novum Universität, Verweis zur speziellen Studienfachberatung, Klärung der Gründe für besondere Probleme im fachlichen (Studienfachwechsel, Scheitern, Unbefriedigtsein) und menschlichen Bereich (Schwierigkeiten finanzieller Art, mit Eltern, Ehepartnern, Kindern, Wohnungsfrage in besonderen Situationen, Kontaktschwierigkeiten, sexuelle Frage, psychische, psychosomatische Störungen), das Geben von entsprechenden Hilfen oder Weiterleitung an die zuständigen Fachstellen. Wesentlich ist, daß der Student in der Beratungsstelle als Individuum angesehen wird, nicht als Masse.

Zusammengefaßt: alles das, was „irgendwie nicht in den vorhandenen Rahmen" oder in die Vorschriften paßt, den Studenten aber am Studium hindert und ihn zusätzliche Semester kostet.

audi: Was haben Sie durch Ihre Arbeit bisher erreicht?

Lindig: Es ist schwer, das Erreichte zu generalisieren, da es sich in den meisten Fällen auf eine Hilfe für den einzelnen Studenten bezieht. Wesentlich ist dabei Hilfe und Unterstützung von Professoren, Assistenten, Verwaltung und allen sonstigen Stellen, mit denen die Beratungsstelle zusammenarbeitet. Hilfe wurde in keinem Fall versagt, wenn die Beratungsstelle anfragte. Alle Probleme, die gehäuft auftreten, werden den zuständigen Gremien mit der Bitte um Abhilfe vorgetragen.

audi: Wo glauben Sie, sind in der Zukunft noch Verbesserungen möglich?

Lindig: Durch gute Teamarbeit könnten hier noch Zeit und Doppelgleisigkeit gespart werden. Sehr viel leichter wäre es auch, wenn der Beratungsstelle vor jedem Semesterbeginn mitgeteilt würde — wie es von einigen Instituten und Seminaren aus geschieht — wer die Fachberatung wann durchführt und auf welche allgemeinen Dinge des Faches die Anfänger hinzuweisen seien. Bessere Informationen auf allen Gebieten würden vielen Studenten viel Zeit und manchen Irrweg ersparen.

audi: Welche Möglichkeiten der Therapie stehen Ihnen offen, und wie funktioniert die Zusammenarbeit mit anderen kompetenten Stellen?

Lindig: Gerade im Hinblick auf die psychisch-psychosomatischen Störungen ist die Zusammenarbeit mit Ärzten und Kliniken sehr gut. Das gleiche kann für das psychologische Institut gesagt werden, zumal da der Senatsbeauftragte für die Beratungsstelle Herr Prof. Bondy ist. Problematisch ist die personelle Lage in der Frage der therapeutischen Behandlung erkrankter Studenten. Hier bestehen in den Kliniken lange Wartezeiten. Ein Anfang auf diesem Gebiet ist gemacht worden. Durch einen Antrag des Senatsbeauftragten der Beratungsstelle und Befürwortung durch S. Magnifizenz, Prof. Dr. Schäfer, wurde eine solche Stelle für 1967 bewilligt. Der genaue Termin für den Arbeitsbeginn wird entsprechend bekanntgegeben.

audi: Sind die prophylaktischen und therapeutischen Möglichkeiten, die Sie den Hamburger Studenten bieten können, bekannt genug?

Lindig: Ich glaube nicht, obgleich die Zahl derer, die sich an die Beratungsstelle wenden, sei es, „wenn es brennt" (also auch abends oder am Wochenende) oder schon dann, wenn sie „Unbehagen", spüren, groß ist. Zur Zeit werden ca. 3000 Einzelberatungen im Jahr durchgeführt. Aus purer Neugier ist bisher niemand gekommen.

audi: Worin sehen Sie den wesentlichen Unterschied zwischen der Berliner „Beratungsstelle für Intimfragen" und Ihrer Arbeit in Hamburg? Was sind die Vor- und Nachteile beider Institutionen?

Lindig: Der wesentlichste Unterschied liegt meines Erachtens in der Anlage, sowie in der Themenstellung. Unsere Beratungsstelle ist für alle Fragen zuständig, da oft erst eine Kombination der verschiedensten Symptome ein Ganzes ergibt. Die Berliner Themenstellung scheint mir zu eng — wie ich aus Berlin weiß, tauchen auch dort alle Fragen psychischer Störungen auf. Wir in Hamburg sind stellenplanmäßig wohl günstiger dran, da in Berlin zahlreiche Mitarbeiter nach kurzer Hilfe aus finanziellen Gründen wieder ausscheiden. Begrüßenswert finde ich den Ansatz in Berlin, — man kann nur hoffen, daß der Stellenplan nachfolgt.

audi: Befürworten Sie eine Trennung von individueller Beratung und aufklärenden Kolloquien, wie es beispielsweise in Berlin gehandhabt wird?

Lindig: Ich halte jede Form der Beratung für sinnvoll und notwendig, sowohl die durch Einzelberatung, wie die durch Kolloquien. In letzterer sehe ich eine wesentliche Aufgabe der studentischen Selbstverwaltung. Der AStA müßte solche Kolloquien mit den zuständigen Fachvertretern organisieren. Nur dann ist eine Diskussion der Fragen auf sachlicher Ebene möglich.

Die Evangelische Studentengemeinde führt z. B. in jedem Semester ein Wochenendseminar über sexuelle Fragen in diesem Sinne durch.

audi: Halten Sie es für eine glückliche Lösung, daß ausgerechnet eine kirchliche Institution als Veranstalter auftritt?

Lindig: Ich halte jeden Ansatz in diesem Bereich für richtig und notwendig, und ich meine, dieses Beispiel sollte Schule machen. Sicher werden zu einer Diskussion über solche Fragen in kirchlichem Rahmen mehr solche Studenten kommen, die eine Antwort der Kirche auf religiösem Gebiet erwarten.

audi: Was halten Sie von der ebenfalls in Berlin geübten Praxis, spezielles Informationsmaterial jedem Interessenten zuzuschicken?

Lindig: Ich halte das für sehr gut und zweckmäßig. Ich meine nur, man sollte es nicht wahllos verschicken, sondern dafür sorgen, daß es nur an interessierte Teilnehmer gelangt.

audi: Vielen Dank, Frau Dr. Lindig.

Neue Adresse der Beratungsstelle für Studenten ab 1. 1. 1967:
Edmund-Siemers-Allee 1 II (Hauptgebäude)
Hinterer Eingang, Zimmer 169/170

Von Frau Dr. Lindig empfohlenes Aufklärungswerk:
Prof. Dr. med. K. Döring: **Empfängnisverhütung.**
Ein Leitfaden für Ärzte und Studenten,
G. Thieme Verlag Stuttgart DM 6,80.
In dieser kurzen und verständlichen Zusammenstellung findet der Leser weitere Literaturhinweise.

Übung in Demokratie

Mitbestimmung für Studenten

Kein Zweifel: Die Arbeitsweise unserer Universitätsspitzen entspricht demokratischen Praktiken. Hier wie dort gibt es Verfassungsartikel, die seit ihrem Entstehen geflissentlich übersehen werden. Empfehlungen verwehen in lauer Herbstluft, Anträge werden an Ausschüsse verwiesen, Beschlüsse vergessen, Unklarheiten über die Beteiligung der Studenten, die möglichst noch von einer Fakultät zur anderen divergieren, festgestellt usw. ..., usw. ... Seit 1921 existiert an der Universität Hamburg eine vorläufige Satzung. § 43 lautet:

> „Bei jeder Fakultät wird eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, in die die Fakultät und der studentische Fakultätsausschuß je drei Vertreter entsenden. Beide Teile können an die Arbeitsgemeinschaft Anträge richten. Wird keine Einigung erzielt, so entscheidet die Fakultät, an deren Verhandlungen die studentischen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft mit beratender Stimme teilnehmen."

In dieser common-place-Form hätte der Passus über den Umfang der Mitbestimmung ein gefundenes Fressen für alle willigen und böswilligen Auslegungen sein können ... In Wirklichkeit hängt er aber (nur leicht angestaubt) an der Wand, von wo er nur vom AStA abgenommen wird, wenn mal wieder eine leise Drohung am Platze ist.

An anderen Universitäten waren die Studenten offensichtlich aktiver. Oder auch nur glücklicher. Bei der Gründung der FU Berlin wurden den Studenten zwei Sitze mit Stimme zugestanden. Dieses Berliner Modell, viel gerühmt und geschmäht, blieb bis heute visionärer Sonderfall für alle anderen deutschen Universitäten.

In Hamburg beschloß 1955 der Akademische Senat, zwei AStA-Vertreter mit Sitz und Stimme in seine Phalanx einzureihen. Mit einer Einschränkung: Sitz und Stimme nur in „studentischen Angelegenheiten". Welche Fragen in dieses Gebiet fallen, entscheidet der Rektor. Hübsch, nicht wahr? Wie sieht wohl die Entscheidung in Streitfragen aus?

Selbst diese Bresche wurde in den vergangenen 13 Jahren nicht erweitert. Dafür wurden sämtliche „demokratischen" Spielregeln durchprobiert, um eine weitere Ausweitung der studentischen Mitbestimmung zu verhindern. In der 203. Sitzung des Akademischen Senats (20. Februar 1959) wurde zwar eingehend palavert, aber weder ein Beschluß gefaßt, noch eine Empfehlung ausgesprochen. Statt dessen erblickte folgende unverbindliche Feststellung das Licht des Tages:

> „Es bestehen keine Bedenken des Senats dagegen, daß die Fakultäten den Fakultätssprecher als Vertreter der Studentenschaft mit beratender Stimme zu denjenigen Punkten der Tagesordnung hinzuziehen, die studentische Angelegenheiten behandeln. Darüber, was als studentische Angelegenheit anzusehen ist, entscheidet der Dekan."

Dazu sind drei Punkte interessant:

1. Der Antrag des AStA, der dieser Aussprache zugrunde lag, sah Sitz und S t i m m e in den Fakultäten vor. Er landete bei dem zuständigen Verfassungsausschuß. Der Ausschuß verwies die Frage an den Senat zurück und bescheinigte diesem lediglich, er habe über die Stimmenfrage zu entscheiden.. Dabei blieb's.

2. Das Problem, was „studentische Angelegenheiten" seien, taucht nicht erst hier auf. Was, bitteschön, betrifft im Endeffekt eigentlich die Studenten n i c h t, — von Albernheiten mal abgesehen. Selbst Personalfragen wie z. B. Berufungen sind doch für Studenten von entscheidender Bedeutung. Was soll also diese wirklichkeitsfremde Unterscheidung, die nun

3. das Problem wieder aufwirft, wie der einzelne Dekan den Katalog der „studentischen Angelegenheiten" bemißt. Das Berliner Modell ist in dieser Hinsicht die einzig vernünftige und bereits praktizierte Lösung. Selbst das hessische Hochschulgesetz, weniger konsequent als das Berliner, hat diesen überaus wirren Begriff durch den Negativkatalog vermieden.

Außer diesen Fragen und Problemen hatte diese Feststellung nichts weiter zur Folge, was als Resonanz zu werten ist. Einige einzelne Ausnahmen gleichen heute zurückschauend eher Parodien, denn Verwirklichungen des Gedankens der Mitbestimmung. Selbst die Empfehlung des Senats, die Studentenvertreter zur Frage der Immatrikulationsbefristung hinzuzuziehen, stieß bei einigen Fakultäten auf taube Ohren. In gewohnt altehrwürdiger Souveränität ignorierten sie die Feststellungen, Empfehlungen, Denkschriften etc.

Außerhalb Hamburgs ging die Entwicklung weiter: In Hessen entstand das einzige bereits verwirklichte Hochschulgesetz. Sein 35. Paragraph gesteht in jedem beschließenden Gremium zwei Studenten Sitz und Stimme zu, in allen Fragen, Personalpolitik ausgenommen (Negativkatalog).

Nach der letzten AStA-Einladung des Rektors und der Dekane in studentische Clubräume besteht anscheinend folgende Situation: Die Fakultäten bestimmen, ob Studenten in ihren Kreis aufgenommen werden, — der Senat prüft, ob diesen Vertretern auch Stimmrecht zugebilligt werden kann. In den Randgesprächen bei Wein und Bier scheint auch der Widerstand der meisten Dekane gegen die Aufnahme studentischer Vertreter abgebaut worden zu sein. Für die Senatssitzung vom 16. 12. 66 sagen Auguren in puncto Stimmenfrage einen hanseatisch gemäßigten Prozeß voraus. Allerdings: „Nur in studentischen Angelegenheiten" bleibt noch immer letzte Wahrheit.

Angenommen, die Prognose stimmt, — das Erreichte ist doch nur ein kleiner Schritt aufs Ziel. Es bleiben die Forderungen:
1. Mitbestimmung der Studenten, wie im Berliner Modell. Als vorläufiger Schritt aber zumindest die hessische Regelung.
2. Gemäß Artikel 43 der Verfassung: Ständige Arbeitsgemeinschaften, in der einmal sachliche Arbeit geleistet werden kann, zum anderen die Studenten quantitativ so vertreten sind, daß bei Streitfragen den restlichen Mitgliedern nicht die Flucht in stille Nichtbeachtung offen bleibt.

Letzter Wunsch: Mögen doch AStA, Parlament und VDS ihre Forderungen und Kritik deutlich formulieren und mit gehörigem Nachdruck vortragen. Die ständige Angst studentischer Vertreter, man könnte möglicherweise Porzellan zerteppern, wird leicht als vorsichtig lavierende Unschlüssigkeit gewertet. Gerade die Diskussion über die Empfehlungen des Wissenschaftsrates, deren Beurteilung ohne studentische Mithilfe kaum sinnvoll ist, bietet doch eine gute Plattform.

f. t.

Wohnt schneller, Studenten

Bewohner von Studentenheimen in Hamburg müssen möglicherweise im kommenden Jahr mit einschneidenden Änderungen der Wohnheimstatuten rechnen. Der AStA legte dem Studentenparlament in der Sitzung im 8. Dezember einen drei Punkte umfassenden Antrag vor, dessen Hauptgewicht darauf liegt, die Wohnzeit in allen Heimen von vier auf höchstens drei Semester zu verkürzen. Begründet wird diese Änderung der Statuten mit dem Hinweis auf den akuten Mangel an Wohnheimplätzen.

Nach Berechnungen des Mentors für Wohnheimangelegenheiten werden in Hamburg bei Zugrundelegung von 20 000 Studenten pro Semester bis 1970 insgesamt 4000 Wohnheimplätze benötigt. Selbst wenn sich die Studentenzahl nicht erhöht, ergibt sich bis dahin ein Fehlbedarf von 2400 Plätzen. Um alle Anforderungen zu befriedigen, müßten jährlich 600 Wohnheimplätze eingerichtet werden; tatsächlich entstehen nur 250. Eine Steigerung ist zur Zeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.

„Jeder Bewerber einmal im Wohnheim" — diese Maxime hat sich der AStA gesetzt. Mit einer dreisemestrigen Wohnzeit hofft er dem Ziel näher zu kommen. Zwanzig Prozent aller Studenten bewarben sich um einen Platz im Wohnheim, fünfzig Prozent würden ins Wohnheim ziehen, wenn die Möglichkeit dazu bestünde. Das haben Umfragen in anderen Universitäten ergeben.

Drei Semester Wohnzeit in einem Heim sind eine kurze Zeit — automatisch ergibt sich daraus die Frage, was der Student anschließend unternehmen soll. Der AStA will die Zimmersuchenden durch eine Zimmervermittlung in jedem Heim unterstützen. Er verspricht sich davon auch eine größere Erschließung des Wohnungsmarktes.

Die beiden übrigen Punkte des AStA-Antrages sind nicht so schwerwiegend. Einmal soll jetzt der Tutor von den Heimbewohnern gewählt und vom Rektor berufen werden. Entsprechendes gilt für die Ablösung. Vorschlagsberechtigt sind der Prorektor und die Heimbewohner. Zum anderen soll die bisher geübte Aufnahmepraxis („Aufnahmetees") durch eine Losauswahl ersetzt werden. Ausgeschlossen von der Aufnahme ins Heim sollen Bewerber aus Hamburger Studentenwohnheimen und in Hamburg ansässige Studenten sein. Das Parlament verwies den AStA-Antrag zunächst einmal an den Wohnheim-Ausschuß. Die beiden zuletzt erwähnten Punkte dürften bei erneuter Besprechung ohne weiteres angenommen werden. Um die Wohnzeitverkürzung aber wird es sicher noch Debatten geben. sh

Mutmaßungen über Dekane

Das Hamburger Seminar für Sozialwissenschaften führte im vergangenen Jahr eine empirische Untersuchung durch. Thema: „Student und Universität". Ein Teilergebnis dieser Untersuchung liegt vor. Hundert Studenten des 5. und 7. Semesters wurden nach der „Universität als Institution" befragt. Vierzehn Interviews mußten abgebrochen werden, weil zu viele falsche Antworten kamen. Es folgen Kostproben:

„Wer steht an der Spitze der Universität?" Antworten: ... der Kultursenator (3 Studenten), ..., weiß ich nicht (4). „Wem untersteht die Universität?" (Sie ist unabhängig.) Antworten: ... der Freien und Hansestadt Hamburg (57), ... der Bundesregierung (3). „Wie steht es mit dem Einkommen von Assistent und Ordinarius?" Antworten: ... beide verdienen ungefähr gleichviel (2); ... ein Assistent ist doch immer ein Ordinarius (1). Der AStA war allen Beteiligten bekannt.

Nur noch 86 Studenten wurden folgende Fragen vorgelegt: „Würden Sie sich in den Akademischen Senat wählen lassen?" (Im AS sind bis auf vom AStA zu bestimmende Mitglieder nur Professoren vertreten.) Antworten: ... nein, keine Zeit (25); ... nein, kein Interesse (15).

„Welche Hauptaufgaben hat ein Dekan?" Antworten: ... er vertritt die Belange der katholischen Kirche gegenüber der Universität (2); ... er verwaltet die Finanzen (2). „Welches sind die Aufgaben des Aufsichtsrates des Studentenparlaments?" (Den gibt es gar nicht.) Antworten: ... Kontrolle des Studentenparlamentes (14); ... Überprüfung des Studentenwerks (4).

„Welche Konsequenzen hat der Streit mit einem Fachschaftsvertreter für Ihr persönliches Studium?" (Er hat natürlich keine.) Antwort: ... das ist noch nicht abzusehen (4). rl

Für unsere Kleinen

„Was ich mir, Euch und Euren lieben Eltern vom Nikolaus wünsche: Friede in allen Ländern, Freilassung der unschuldig Gefangenen in Spandau und allen anderen Gefängnissen, Freude und Lachen auf der ganzen Welt — und ein ganz besonders fröhliches Weihnachten.

Euer Rolf"

Aus Rolf [illegible]
[illegible], Dezember [illegible]

Das Studium der Geschichte in Hamburg:

Historische Zustände

Bis zum 3. und 4. Semester ist der Studienweg gut vorgeplant. Die frisch immatrikulierten Jünger der Geschichtswissenschaft im Historischen Seminar, Philosophenturm, 9. Stock, und des Seminars für Alte Geschichte, 8. Stock, werden sorgsam umhegt und gepflegt. Ein fünfseitiger „Studienplan für das Studium der Geschichte" sowie eine Studienberatung am Semesterbeginn (Teilnahme Pflicht) führen ihnen deutlich vor Augen, was sie, was man von ihnen erwartet.

Die erste Hürde ist die Zwischenprüfung, in Hamburg im vergangenen Sommersemester eingeführt, fällig im 3. oder 4. Semester. Dem Studiosus bringt sie einige Schwierigkeiten. Proseminare, Repetitorien und nicht zuletzt vom Historischen Club organisierte Mentorengruppen sowie ergänzende Sprachkurse sind die Vorbereitungen. Dennoch ist die Durchfallquote relativ hoch. Besonders die Fremdsprachklausuren sind hart, die Sprachkurse fordern viel vom Teilnehmer und erfüllen nicht immer ihren Zweck.

Ist diese Klippe umschifft, kann mit vollen Segeln auf das Ziel, auf Magister, Staatsexamen oder Promotion hingesteuert werden. So[illegible] man jedenfalls meinen.

Doch jetzt beginnt die akademische Laufbahn schwieriger zu werden. Nicht aus fachlichen, sondern aus organisatorischen Gründen.

[illegible] zwei [illegible] Mittlere und Neuere Geschichte im Historischen Seminar, Alte [illegible] Seminar für Alte Geschichte. In beiden zeigen sich sachliche Schwierigkeiten, die auch personell bedingt sind. Damit soll nichts gegen die [illegible] Qualität [illegible] hier [illegible] Dozenten und Assistenten gesagt sein.

Es geht um die Zahl der Lehrstühle und um ihre zahlenmäßige Besetzung in diesem Semester. Rund 1000 Geschichtsstudenten sind in Hamburg immatrikuliert. Für sie stehen zur Verfügung:

In Neuerer Geschichte Professor Fischer, Direktor des Historischen Seminars, und Professor Zechlin. Letzterer ist emeritiert, wird aber weiterhin lesen. Seine Nachfolge tritt ab Sommersemester 1967 Professor Moltmann (Neuere Geschichte) an. Professor Oestreich ging jetzt nach Marburg. Wer diese Lücke ausfüllen wird, ist noch ungewiß. Zwei Professoren also im jetzigen Wintersemester, davon einer emeritiert. Die Folge ist, daß das Hauptseminar von Professor Fischer mit 60 bis 80 Studenten total überlaufen ist. Wie soll er sich bei diesem Andrang noch persönlich um die Studenten kümmern, deren Doktorvater er ist? [illegible] nur, daß sich Professor Oestreich von Marburg aus weiterhin um seine Examinanten kümmert.

Für Geschichte des Mittelalters sind Professor Brunner, ebenfalls emeritiert, Professor Kuhn und Professor Timm zuständig. Professor Timm hat einen Ruf als ordentlicher Professor nach Bochum angenommen. Er war in Hamburg „außerplanmäßiger" Professor, warum erhielt er kein [illegible] Ordinariat? Die Nachfolge Professor Brunners wird im kommenden [illegible] Professor B[illegible] antreten.

Seit 1964 unbesetzt ist der Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte. [illegible] fällt jetzt unter Mittelalterliche und Osteuropäische Geschichte. Erstere wird im Sommersemester 1967 von Professor Sprandel vertreten, letzterer bleibt bis auf weiteres vakant.

Erwähnt seien Professor Onnasorge, der über Byzantinische und Professor Paul, der über Nordische Geschichte liest, je einmal die Woche.

Professor Bleicken, Alte Geschichte, ist für dieses Wintersemester beurlaubt. Er hat einen Ruf nach Frankfurt erhalten. Seine Entscheidung steht aus. Hier liest Professor Rudolph.

Diese Aufzählung spricht für sich. Einmal ist das Angebot an Vorlesungen zu gering. Zum zweiten stehen nicht im entferntesten den [illegible] Professoren bzw. Professoren zur Verfügung. Fast untragbar ist die Situation für Studenten, die jetzt vor dem Staatsexamen stehen, jetzt ihren Doktor machen wollen.

Ihnen wird das Leben durch ein weiteres [illegible] vergällt (gilt genauso für andere [illegible]): die Gen[illegible] der Fakultät um die Berufung von Dozenten.

Gerade Studenten, die promovieren wollen, haben verständlicherweise ein großes Interesse daran, möglichst früh zu erfahren, welcher Professor wann berufen wird, den Ruf annimmt, welcher einen Ruf erhalten hat und geht.

Der Historischen Fakultät haftet ein Ruf an, für den der Ausdruck „konservativ" geschmeichelt ist. Vielleicht liegt darin auch der Grund, daß es in Hamburg seit zwanzig Jahren erst drei (!) Habilitationen in [illegible] Geschichte gibt. Da fällt es wirklich schwer, an die Unfähigkeit der Bewerber zu glauben. Es wird viel von Rivalitäten unter den Ordinarien gesprochen.

Abgesehen davon ist es nicht leicht, sich in Hamburg zu habilitieren. Denn als eine der letzten Universitäten im Bundesgebiet verlangt Hamburg dazu den Nachweis des [illegible].

Der Mangel an Geschichtsdozenten in Hamburg hat einen weiteren Grund. Professoren, die einen Ruf nach Hamburg erhielten, lehnten ab unter Hinweis auf die [illegible] Bibliothek. [illegible] und Platzmangel werden dafür verantwortlich gemacht.

Nicht nur die Bibliothek ist zu klein. Es fehlt an Seminarräumen, die allen Teilnehmern genügend Platz bieten. Der Zeitschriftenraum ist seines ursprünglichen Zwecks beraubt worden, laufend finden Übungen darin statt. Arbeitsräume für die Assistenten der zu erwartenden neuen Professoren sind nicht vorhanden.

Wie gesagt — der Unterbau des Geschichtsstudiums in Hamburg ist ausreichend besetzt. Die fortgeschrittenen Semester aber müssen mit beträchtlichen Schwierigkeiten rechnen [illegible] alles in allem keine allzu rosigen Zukunftsaussichten für Hamburgs Historiker. sb

Und ein Narr wartet auf Antwort.
(Heinrich Heine)

Wohin mit der Vergangenheit?

„Wissen" heißt, wissen wo's steht. Es steht in

> Sprach-Brockhaus Wiesbaden 1949, S. 75: ich bewältige (habe bewältigt), 1) ihn, besiege, unterwerfe. 2) es, werde fertig, es gelingt mir: die Reichsbahn bewältigte den Andrang, stellte genug Züge für alle, ich habe es bewältigt, ausgeführt, erledigt. Hptw. die Bewältigung. -/-en spätmhd.

Und in

> Neues Deutsches Wörterbuch, Laupheim (Wttbg.) 1952 S. 119: bewältigen ZW (-gte, -gt): bezwingen (jmndn.), erledigen (Arbeit)

Aha.

In Deutschland ist ein größerer Posten Vergangenheit billig abzugeben. Er soll, so liest man allerorten, „bewältigt" werden. Wer bewältigen will, will etwas verdrängen. Sollte das die Sinnmitte des Problems sein?

„Bewältigen" das heißt doch, unmittelbar vor die Notwendigkeit, eine außergewöhnliche Situation zu meistern, gestellt zu sein. Vom Episodenhaften der zu bewältigenden Situation kann das Maß der Aktivität bei der Bewältigung abgeleitet werden. Eine konzentrierte, aber kurze Kraftanstrengung. Bewältigung ist somit eine supraorationale Handlung. Es ist nicht mehr auszumachen, wie es zu der außergewöhnlichen Situation kam, — sie ist eben hereingebrochen und schreit nach „Bewältigung".

Eine „Bewältigung der Vergangenheit" zu propagieren, heißt also, die Vergangenheit in zwei Phasen einzuteilen. In eine lange, relativ ruhige Zeit, die, hübsch in Daten, Karten und Kapitel verpackt, in den einschlägigen Büchern ruht, und in eine kurze, sich überschlagende Zeit, deren Maxima gleichermaßen unfaßlich wie unmenschlich waren. Letztere Phase, die zur ersten (anscheinend) keinen Bezug und [illegible] aufweist, gilt es nur [illegible] bewältigen.

Bei dieser Betrachtungsweise bietet das Problem zwei zynische Lösungsaspekte. Bewältigung ist folglich und zunächst ein biologisches Problem. Die Älteren, für die die Vergangenheit einmal Gegenwart war, werden älter, und mit ihrem Altern verliert das Problem mit jedem Tag ein bißchen von seiner Relevanz. Bewältigung ist zweitens auch ein Generationsproblem. Was kann jemand, der 194? geboren wurde und zufällig im Paß „Nationalität: dt." stehen hat, bewältigen? Wenn er ehrlich ist — nichts. Mehr als einen Hinweis, daß irgendwann in der jüngsten Vergangenheit etwas ganz furchtbar falsch gelaufen ist, kann diese Bewältigung logisch nicht geben.

Es ist möglich, daß im Ausland intelligente Menschen bonae voluntatis leben, die das Ziel (dessen Güte hier gar nicht angezweifelt werden soll) für die Verfahrensweise nehmen und Deutschland wieder moralischen Kredit einräumen. Aber kann man sich darauf verlassen? Und wann werden solche Menschen vor dem zweiten Effekt dieser Bewältigung resignieren? Dem Effekt nämlich, daß die Bewältigung in ihr Gegenteil umschlägt: Es gibt in Deutschland wieder eine Rechtsaußenpartei, in deren Äußerungen der im „Büßerkleid" in „Sack und Asche" herumwandelnde Deutsche beschworen wird. Wenn also so fragen sie schaudernd, nützt eine „Bewältigung", die im Ausland Zweifel an der Ehrlichkeit, im Inland Ballungen der Gestrigen bewirkt? Ein Narr wartet auf Antwort.

Unsere offizielle Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verdient wirklich nur [illegible] schnell — noch jemand ohne „Wiedergutmachung"? (diese Charade muß man auf der Zunge zergehen lassen). In ihrer Kürze liegt ihre zweifelhafte Würze. Diese „Bewältigung" muß notwendig Widerspruch jeder Art und jeder Provenienz wecken. Auf das Konto dieser Bewältigung geht unter anderem auch jene Bewältigungsarithmetik, die mit der Zahl der Ermordeten auch die Zahl der Schuldigen herabzumindern hofft. Als ob es allein wesentlich wäre, daß in einer bestimmten Zeit 4 000 000 oder 400 Juden umgebracht wurden. Auschwitz minus Dresden gleich weißer gehts nicht — Zug-um-Zug-Geschäfte kennt die Geschichte nicht. Das überdies auch nicht die Vergangenheit, die ausschließlich unsere Auseinandersetzung erfordert. Wo stünde in dieser Auseinandersetzung jener anonyme Geistliche, der im späten Mittelalter zum ersten Male forderte, daß man „Jüden und Türcken todtschlüge"? Er würde fehlen, — und sein Fehlen (und das Fehlen all dessen, was nach ihm kam, denn schließlich ist Hitler nicht dem Kopf eines ekstatischen Gottes entsprungen) machte jede Auseinandersetzung zum Stückwerk.

Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ist weder „Bewältigung", noch „Kollektivschuld" oder „Kollektivscham". Derartige Begriffe werden von einer Generation, deren einzelne Mitglieder keine zu bewältigende Vergangenheit haben und pauschale Subsumierungen nicht anerkennen, zu Recht abgelehnt. Das lebenswichtige Problem der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit darf nicht gedankenlos auf das Ganoven-Niveau „mitgefangen, mitgehangen" herabgedrückt werden.

Gibt es also verschiedene, altersausgerichtete Formen von „Bewältigung"? Ja und Nein. Ja, weil vor jedem älteren Deutschen unausgesprochene Fragen stehen. Ja, weil jüngere Deutsche für sich die Chance des Nullpunkts, des unbelasteten Beginns ta[illegible] dem Nein, weil in einem Lande und in einer Gesellschaft zu leben, auch ein gewisses Teilhaben an der Vergangenheit (der ganzen) in sich schließt, — wenn auch nicht in der „Alle-in-einem-Boot-Form". Es gibt also letztlich nur die umfassende Pflicht zur ehrlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Diese Auseinandersetzung muß einen so breiten Raum der Geschichte umfassen, daß sie eine Präventivfunktion entwickeln kann, daß sie Gewesenes nicht mit 20.-Juli-Reminiszenzen beschönigt, wohl aber Künftiges verhindere.

Davon sind wir weit entfernt. Unsere „Bewältigung" kann nur eins: Sie schafft Verärgerung. Die Intelligenten resignieren. Die Doofen wählen NPD.

Wolf Ger[illegible]es

Gesänge von Väterchen Franz

Franz-Josef Degenhardt im Auditorium Maximum

Nach dem Motto „Für jeden etwas" geht's am 28. 11. im Audi-Max Jazz und Lieder unterschiedlicher Machart in einem dreigeteilten Programm. Die neuformierte Michael Naura Combo gab den Auftakt. Für Frohsinn sorgte das schwedische Folkloregespann „Hol und Tojny". Als Höhepunkt des Abends dann Franz-Josef Degenhardt, promovierter Jurist und auf den Plakaten als Deutschlands Chansonsänger Nr. 1 angepriesen. Als ob es im anderen Teile Deutschlands keinen Liedermacher Biermann gäbe. Doch davon wird noch zu reden sein.

He, Väterchen Franz,
versoffener Chronist,
He, Väterchen Franz,
sag Du, wie es ist.
He, Väterchen Franz, he, Väterchen Franz,
erzähl die Geschichte, erzähle sie ganz:
„Nun gut", Väterchen Franz hebt an:

Nicht immer aber hub „Väterchen Franz" so an. Es ist bei Degenhardt eine Entwicklung als bundesdeutscher Gesellschaftskritiker aufzuzeigen. Natürlich betreibt er diese schon in seinen beiden früheren Liedersammlungen „Zwischen null Uhr null und Mitternacht" und „Spiel nicht mit den Schmuddelkindern."


Franz-Josef Degenhardt

Aber in einer mehr leisen, hintergründigen Art beschwört er hier unter der formierten bundesdeutschen Wohlstandsgesellschaft, die längst eingeschlafen ist, verdrängte Triebhandlungen und Gestalten in ihren Träumen herauf, die sich losreißen, sich selbständig machen die ihr personifiziertes schlechtes Gewissen und Alpdrücken verursachen.

Der anfängliche Märchenton schlägt um, wird böse. Der hungrige Wolf hat sich als Biedermann verkleidet, Kreide geschluckt und seine Pfoten weiß gestäubt — sich so Einlaß bei den Ahnungslosen zu verschaffen gewußt.

In seinen neueren Sachen, wie er jetzt zu hören war, wirkt Degenhardt weniger introvertiert, agitatorischer — als ob es ihm klar geworden sei, daß unser zementiertes Bewußtsein nur noch mit härteren Werkzeugen zu zerschlagen ist. Hier scheint Degenhardt von Biermann gelernt zu haben. Auch in seinem musikalischen Stil. Hat er es einem früher einzulegen versucht in der ihm eigenen halbmelancholisch leisen Weise, von leicht bizarren Arpeggien untermalt, seinen ganzen Katzenjammer loszuwerden, so ist er jetzt härter, in Text und Musik schlagkräftiger geworden. Nicht mehr Märchen mit einem bösen Hintersinn werden erzählt, sondern im direkten Zugriff soziologische Abbreviaturen über eine repräsentative deutsche Landschaft zwischen Herne und Wanne-Eickel gegeben — ein schauriges Pandämonium eines von den bösen Geistern des Vergessenwollens, der Anbiedersucht, der bösartigen Ressentiments, der Massenhysterie und verdeckten Aggression heimgesuchten Nachkriegsdeutschlands.

Degenhardt weiß, wo der Nerv sitzt, wo bei den Deutschen mit der Gemütlichkeit Schluß ist. Er sieht die Hexenjäger wieder auf den Plan treten, um die „Itaker-Sau" Tanio Schiavo, weil der auf dem Bau für Zehn schaffte und — na eben anders ist, aus siebzig Metern Höhe auf die Straße zu schmeißen, um den Mann im roten Porsche, weil der gerade einen Unfall hatte und jetzt diabolisch einhergehinkt kommt, als Mörder von Papst Johannes XXIII. und Kennedy am Bahndamm totzuhetzen; um radikale Säuberungsaktionen durchzuführen gegen alle im Irrsinn gescheit Gewordenen, Gammler und andere Aussätzige.

Doch der Kreis wurd' enger, schloß sich,
und dann sah man sie nicht mehr.
Schließlich spritzte man noch Napalm.
Wollt ihr wissen, was geschah,
wie das Hasenschartenkind zum Beispiel hinterher aussah?
He, Väterchen Franz,
versoffener Chronist,
he, Väterchen Franz,
sag wie es ist.
Nein Väterchen Franz, nein, Väterchen Franz,
hör auf mit der Geschichte, Kunst ist doch Genuß.
„Nun gut," Väterchen Franz macht Schluß.

Harro Kelber

Quellenvermerk: Unter dem Titel „Spiel nicht mit den Schmuddelkindern" erschienen im Frühjahr 1967 sämtliche Texte von Franz-Josef Degenhardt zum erstenmal in Buchform. Verlag: Hoffmann und Campe, Hamburg.

Bei Kriegsausbruch

nehmen die Verlage Bomben in ihr Programm auf,
die Setzer vereinfachen das Alphabet,
statt sechsundzwanzig Buchstaben
gießen sie Kugeln in dreizehn Größen.

Die Berufenen werden einberufen,
die Mächtigen ermächtigt,
außerordentliche Vollmachten
bringen alles Unordentliche in Ordnung,
neue Konventionen erlauben
auch nichtkonventionelle Waffen.

Die Gerechtigkeit wird eingezogen,
die Richter werden abgerichtet,
die Gerichte nach neuen Richtlinien ausgerichtet
statt Urteile zu sprechen
brauchen sie nur noch aburteilen.

Die Wahrheit wird unters Volk gebracht,
um seine Widerstandsfähigkeit zu stärken:
sie wird in Form von Drogen an die Soldaten verteilt,
Untersuchungshäftlingen wird sie in den Hintern gespritzt,
Schulkindern unter die Kakaospeise gemischt,
die Arbeiter finden sie als bare Münze
freitags in der Lohntüte,
als Postwurfsendung wird sie allen Hausfrauen zugänglich gemacht.

Glaube, Liebe, Hoffnung
werden zur Musterung befohlen:
der Glaube wird bedingt tauglich erklärt
und zur Bewährung einer Pionierabteilung zugeteilt,
bei der Anlage von Sprengkammern
und bei der Errichtung von Sperrmauern
leistet er Vorbildliches
und wird mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet.
Die Liebe wird in eine Sanitätseinheit beordert:
die Ernennung zum Offizier der Ehrenlegion
läßt nicht lang auf sich warten!
In heldenmütigem Einsatz
holte sie Schwerverwundete aus Granattrichtern,
die noch in vollem Beschuß lagen,
und mit ungebrochner Zuversicht
legte sie Sterbenden die Platte
mit der Nationalhymne und dem Eroicapotpourri auf.
Die Hoffnung wurde ins Propagandaministerium berufen.
Indem sie die Bürger seelisch auf den Endsieg vorbereitete,
machte sie sich um das verlorene Vaterland so verdient,
daß die Mächtigen nicht umhinkonnten,
ihr einen offiziellen Staatskult zu stiften.

Peter Schütt

Fallex 66

Um die Übung so realistisch wie möglich zu gestalten,
spendeten Pfarrer den Manövergefallenen die letzte Ölung,
wurden Verhaftungen ohne richterliche Anordnung vorgenommen,
wurden probeweise Konzentrationslager und Bewährungseinheiten aufgestellt.
Der Erfolg der Übung übertraf alle Erwartungen:
Die Zahl der erfolgreich Evakuierten
lag fast so hoch wie die Zahl der mutmaßlich Getöteten,
die Verwaltung von der Bunkerzentrale aus
funktionierte so reibungslos, daß die Demokratie überflüssig wurde,
die Lager waren so vorbildlich organisiert,
daß man sie für den Ernstfall stehen lassen konnte.

Peter Schütt

Waffenstillstand

im krieg
ist waffenruhe über weihnachten
denn es heißt
friede den menschen auf erden
wie gut
für den sieg nicht nur schießen
sondern auch beten zu können
wie gut
daß ein paar tage ruhe ist
um schützengräben auszubessern
kanonenrohre zu ölen
munitionskästen auszupacken
wie gut eine aufmunternde predigt zu hören
über den krieg für den frieden
wie gut sich eine heilige nacht lang
auszuruhn
für den heiligen friedenskrieg
um wieviel wirkungsvoller
werden dann die frischgeölten rohre
feuern
um wieviel tödlicher
wird der krieg nachher sein
welch glänzende feiern
wird der krieg nach den feiertagen feiern
denn es heißt
friede den
den
den
friede den
denn es heißt
mögen sie ruhen in frieden

Roman Ritter

Der Garten

Wie merkwürdig
sind die blumen
im garten des mächtigen

die veilchen haben dornen
die gänseblümchen fressen fliegen
die rosen treiben giftige früchte

wie merkwürdig
ist das gesträuch
im garten des mächtigen

in den zierhecken nisten maden
an den vogelbeeren sterben die vögel
der flieder duftet nach asche

wie merkwürdig
ist der lorbeer
im garten des mächtigen

er grünt

Roman Ritter

Nachricht

zu spät für meinen Nachbarn
vor zwei Tagen kirchlich beerdigt
einige Zeitungen melden heute:
der Liebegott bohrt auch
in der Nase

W. Hartung

Balthasar

erläutert, wie man einen Politiker beleidigt

Einleitung

Ein lang vergessener deutscher Bundeskanzler pflegte seine Untertanen in „Pinscher, Uhus und das Volk" einzuteilen. Er wollte beleidigen, — wer läßt sich schon gern „Volk" titulieren. Zum Beleidigen gehört aber mehr, wie Chef-Offensiologe Balthasar glaubhaft versichern kann. Politiker freilich haben Belehrungen kaum noch nötig: Sie wirken schon durch ihr Auftreten in dieser Richtung. Wie aber der kleine Mann? Soll er denn gar nicht zurückmotzen können? Er soll! Balthasar, der Rächer der Erniedrigten und Beleidigten, schlägt zu ...

Kap. I: Grundsätzliches

Beleidigungen sind zeitbezogen. „Sie Lümmel!" z. B., früher ein Grund für Duelle bis zur völligen Verwesung, vermag heute keinen Leberhaken mehr hervorzulocken. Die Beleidigung, eine Kunstform, verlangt die Beherrschung ihrer ausgefeilten Technik. Dieses Beherrschen besteht vor allem in einem innigen Vertrautsein mit dem einschlägigen Vokabular, dem gebildeten und dem technischen. Eine gebildete Beleidigung übt eine zweifach niederschmetternde Wirkung aus. Beleidigter, deine Chance!

Kap. II: Die gebildete Beleidigung

Einer der besten Schüler Balthasars schrieb kürzlich an einen Politiker. Jetzt sitzt er, der Schüler. Sieben Monate ohne Bewährung. Lasset uns, Beleidigte, den Brief gemeinsam analysieren:

> Balthasars Institut
> für angewandte Offensiologie
>
> Hamburg, den ....
>
> Exzellenz!
>
> Sie [illegible]! Sie Enzephalomalaziker! Sie Buridans Problem! In Ihrer letzten Sonntags-Rede sind Sie ja wieder in the mist herumgewatet!
>
> Mit feindlicher Grütze
> (Unterschrift)

Fürwahr, ein Meisterwerk! Allein die Anrede ist in ihrer paritätischen Anlehnung an Diplomaten- und Catcher-Sprache ein Juwel subtiler Psychologie. Welche Assoziationen „. . . . 8, 9, aus!" Der Rest im Klartext:

> Sie großes Vieh! Sie Gehirnweicher; Sie unentschlossener Esel! In Ihrer letzten Sonntags-Rede haben Sie wieder nur unverständliches Zeug geredet.
>
> Mit der zukommenden Hochachtung
> (Unterschrift)

So muß eine gebildete Beleidigung aussehen. Sauber wie ein Karateschlag. Wir wollen sein ein einig Bund stylvoller Beleidiger!

Kap. III: Die technische Beleidigung

Treu der Sache ergeben, schmuggelte Balthasars Schüler einen Kassiber aus dem Knast. Wie staunten die Offensiologen! Das Papier enthielt den gleichen Sinn in technischer Version (Adressat und Anrede wie gehabt):

> Sie cos 90°! Sie Applaus-NaOH!
> Sie Kautschuk-Felis! Sie g/cm³!

Der eisenharte Balthasar schluchzte wie ein Kind: So ein Mann sitzt, so ein Beleidigungsgenie! Tränenüberströmter Klartext:

> Sie Null! Sie Klatschbase!
> Sie Gummilöwe! Sie Wicht!

Schluß

So und nicht anders wird hinfort beleidigt. Sage mir eine Beleidigung, und ich klassifiziere deinen Geist.

Übrigens: Daß Balthasars Schüler wegen dieser Briefe sitzt, läßt auf gute Berater des Politikers schließen. Allein hätte er gar nichts gemerkt.

Erniedrigte und Beleidigte, ich grüße euch mit dem Ruf: Du mich auch, Zunge um Zunge!

Balthasar

Stimmzettel

CDU ○

○ **SPD**

Wahlrechtsreform — aber gründlich

Da streiten sich die Leut herum, das Wahlrecht haut nicht mehr ganz hin! Die CDU kriegt nicht mehr genug Prozente. Als guter Staatsbürger fühlt man nicht nur mit, man arbeitet auch mit. Hier mein Vorschlag: Das Problem liegt in der graphischen Gestaltung der Wahlzettel.

Ich hoffe, nun ist alles klar: In CDU-Gebieten wird es künftig nur noch CDU-Stimmen geben und dito in SPD-Regionen. Versuche mal einer, mit diesem Stimmzettel im Wahlkreis Passau/Land eine SPD-Stimme abzugeben. Und in West-Berlin eine CDU-Stimme, spaßige Vorstellung, nicht wahr? Der Wähler ist tot, es lebe die Zusammensetzung der Auszählkommission!

-wo-

in memoriam –

audi klagt an!

Drei verdiente Mitbürger, drei Menschen wie du und ich, sind der List, Intrigen und Verleumdungen unschuldige Opfer geworden. Wir stehen fassungslos vor drei neuerlichen Dolchstößen, die unser Land, uns alle, so tief erschütterten.

In dieser Zeit der weihnachtlichen Vorfreude, wo der Friede in die Herzen der Menschen eingezogen, wo Kinderaugen glänzen, wo heimlich von Mandelkern und Bratäpfeln genascht wird und all unsre Gedanken um die Geburt des zarten Christkindleins *) kreisen; in dieser Zeit, da wollen wir ihrer in Mitgefühl gedenken. Voll aufrichtiger, tiefempfundener Dankbarkeit wollen wir uns der Männer und ihrer einmaligen, unwiederbringlichen Leistungen erinnern.

Wer wird uns fortan so unvergängliche Rhythmen, so feinfühlige Texte darbringen? Wer soll uns nun vor den Gammlern in Schutz nehmen, wer die Pinscher in ihre Schranken weisen? Wer kann in Zukunft für uns alle noch Siegeslorbeeren erringen, wer die Erinnerung an den großen Dichter Heinrich v. Kleist lebendig halten?

> **Wir danken Euch!**
> **Eure Verdienste werden uns unvergessen, Eure Leistungen steter Ansporn sein. Für ewig.**
> **Ihr habt Euch um uns verdient gemacht!** r. f.

*) . . . er wäre jetzt 1966 Jahre alt geworden . . .







Photo: Alert

Drafi Deutscher, 20, Ex-Schlageridol, z. Z. Disk-Jockey in Berlin.

Rufmörderische Moralisten stellten ihn an den offenen Fenster. Prüder, sogenannter „Bürgeranstand" machte aus Drafi, dem Rousseauisten aus Überzeugung, dem Vorkämpfer für eine natürliche, urgesunde Lebensphilosophie einen Dreckskerl, einen schmutzigen Hund, den jedermann ungestraft bespucken darf.

Ludwig Erhard, 69, Ex-Bundeskanzler, z. Z. CDU-Vorsitzender.

Mitten beim Regieren traf ihn das feige, hinterlistige Komplott. Und der ehrenwerte, von Grund auf saubere Mann, erster Diener seines Volkes, wehrte sich nicht. Zu tief waren die Abgründe, in die er blicken mußte.

Wilhelm von Homburg, 26, Ex-Herausforderer des Europameisters im Mittelgewicht, z. Z. im Trainingscamp.

Willi wurde nur von Ausländerhand durch Disqualifikation besiegt. Mannhaft nahm er das Terror-Urteil hin und schlug den Ringrichter nicht nieder! Für uns ist er im Ring unbesiegt.